

zur Grundgesetzänderung. So wird in der Entschließung der Unterbezirkskonferenz Dinslaken, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, gesagt:

„Die Delegierten mißbilligen das Verhalten der Genossen der Bundestagsfraktion in der Frage der Grundgesetzänderung. Diese Haltung entspricht nicht dem Beschluß des Parteitages 1954 in Berlin. Partei und Wähler sind nach wie vor gegen jede Wiederaufrüstung. Den 20 Bundestagsabgeordneten sprechen wir für ihre Haltung unser volles Vertrauen aus.“ (Die 20 SPD-Abgeordneten hatten am 6. März 1956 im Bundestag gegen die Grundgesetzänderung gestimmt.)

Die Delegierten auf dem Bezirksparteitag der SPD Mittelrhein forderten in ihrer Entschließung, daß „der SPD-Parteitag im Juli 1956 die von der Bundesregierung geplante Einführung der Wehrpflicht mit Entschiedenheit ablehnen soll“.

Auf dem Hamburger Landesparteitag am 21. und 22. April 1956 wurde eine Entschließung angenommen, die den Kampf gegen den von der Bundesrepublik eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines stehenden Heeres auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, „den Einsatz aller Kräfte der Sozialdemokratischen Partei“ fordert.

Ähnliche Entschließungen sind das Ergebnis heftiger Diskussionen auf vielen Bezirksdelegiertenkonferenzen und Landesparteitagen.

Auf einigen Konferenzen kämpften die Funktionäre der SPD für die Einhaltung der innerparteilichen Demokratie, und die Delegierten forderten, daß über entscheidende politische Fragen, wie z. B. über die Mitarbeit im Personalgutachterausschuß oder für die Zustimmung der Bundestagsfraktion zur Grundgesetzänderung, die Meinung der Mitgliedschaft gehört werden soll. Der Versuch des Parteivorstandsmitglieds Kühn, die Annahme einer solchen Entschließung in Köln zu verhindern, scheiterte an dem Willen der Delegierten, die dem Antrag mit großer Mehrheit zustimmten.

Die Tatsache, daß der Sozialismus aus dem Kähen eines Landes herausgetre-

ten und zu einem Weltsystem geworden ist, ruft heute im Denken der Mitgliedschaft der SPD Veränderungen hervor. Die wachsende Stärke des sozialistischen Lagers, die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion bleiben nicht ohne Wirkung auch auf die Sozialdemokraten. Und diesen Veränderungen begannen auch leitende Funktionäre Rechnung zu tragen.

Das wird besonders anschaulich nach den neuen Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion, die im Gegensatz zur Rüstungspolitik der USA stehen. Sogar der 2. Vorsitzende der SPD, Mellies, erklärte, daß die neuen Maßnahmen der Sowjetunion neue politische und militärische Tatsachen schufen, die für eine weitere Entspannung nützlich wären, wenn die anderen Mächte diese Gelegenheit ergreifen würden. Führende Genossen der SPD nehmen zu dieser Frage auch im Sozialdemokratischen Pressedienst Stellung. Es heißt dort: „Die Abrüstung im Weltmaßstab kommt nun in ein ernstes Stadium, und auch die Bundesrepublik wird sich dieser Entwicklung nicht entziehen können, so sehr ihre Äußerungen und Maßnahmen auch noch dieser Entwicklung zuwiderlaufen.“

Carlo Schmid, Parteivorstandsmitglied der SPD, der im Mai auf einer Großkundgebung in Hamburg sprach, setzte sich für die Beendigung des kalten Krieges ein und forderte, daß ein entschlossener Versuch unternommen wird, „Systeme kollektiver Sicherheit zu schaffen, um es den Völkern zu gestatten, in Ruhe und Frieden zu leben, und daß eine Einigung der Regierungen über eine massive Abrüstung herbeigeführt wird“. Die Aufrüstung der Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt, wo die Weltmächte ernsthafte Abrüstungsverhandlungen führen, bezeichnete er als unverantwortlich.

Diesen Worten müssen endlich Taten folgen! Nur durch gemeinsames Handeln der Arbeiter Westdeutschlands, durch gemeinsame Aktionen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter können die Refaschierungs- und Militarierungspläne der Adenauer - Clique zunichte gemacht werden«